

QUARTIERSPAZIERGANG

WÜFLINGEN: Schöne, neue Überbauungen und alte Probleme **SEITE 15**

SOZIALDEMOKRATEN

BESPRECHUNG: Warum sich Präsident, Stadträte und Fraktion der SP trafen **SEITE 15**

SCHAUSPIELHAUS

MARIA STUART: Barbara Frey bringt Licht in Schillers Königinnendrama **SEITE 19**



Zu wenig Lehrstellen und kein Rezept

Spitälern, Heimen und Spitex geht das Personal aus. Fachleute sprechen von einem besorgniserregenden Mangel. Es fehlen aber nicht nur Lehrstellen, sondern auch Ausbildungswillige.

Jasmin Blatter und Myrthe Mali bilden sich zur diplomierten Pflegefachfrau weiter. Drei Jahre lang lernen sie an der Höheren Fachschule und im Kantonsspital Winterthur. Während Blatter schon ihre Lehre als Fachfrau Gesundheit (FaGe) am KSW absolviert hat, schloss Mali in St. Gallen das Gymnasium mit der Matur ab.

«Ich wollte schon als kleines Kind Krankenschwester werden», sagt die 21-jährige Blatter. Die Pflegefachausbildung hängt sie an, weil sie als FaGe verantwortungsvollere Aufgaben über-

nehmen kann und mehr Lohn erhält. Ihre Kollegin Mali faszinierte schon früh der Anatomicatlas. Die 20-Jährige zog ein Medizinstudium in Betracht. «Weil ich aber eine praktisch veranlagte Person bin und gerne mit Menschen arbeite, entschied ich mich vorerst für die Höhere Fachschule.»

Planzahlen nie erreicht

Die angehenden Pflegefachfrauen passen ideal ins Konzept, wie der Nachwuchs für die Gesundheitsberufe ausgebildet werden soll. Das Problem: Es

fehlt an Lehrbetrieben für den Einsteigerberuf Fachfrau Gesundheit. Zudem interessieren sich zu wenige junge Frauen und Männer für die Zweitausbildung zum diplomierten Pfleger. In den vergangenen fünf Jahren wurden im Kanton Zürich die Planzahlen bei den FaGe nie erreicht, die notwendig sind, um Spitäler, Heime und Spitex-Organisationen mittelfristig am Laufen zu halten. Das seit 2004 aufgelaufene Defizit beträgt rund 650 Lehrabgänger und 220 diplomierte Pfleger.

Für das Kantonsspital Winterthur hat der Kanton ein Planziel von 120 FaGe-Lehrstellen festgelegt. «Wir bilden aktuell 80 Lehrlinge aus», sagt Markus Wittwer. Mit 90 Lehrlingen werde 2012 das betriebliche Maximum

erreicht. «Mehr Ausbildungsplätze könnten wir nur mit einer Lehrwerkstatt für das erste Lehrjahr anbieten.» Ob sich aber für 120 Stellen überhaupt genügend qualifizierte Schülerinnen und Schüler finden liessen, bezweifelt der Direktor Personal und Pflege.

Mehr in Heimen und Spitex

Die Planzahlen seien «auf dem Reissbrett» entstanden und würden im Moment überprüft, sagt Angelika Locher von der Gesundheitsdirektion. «Die fehlenden Lehrstellen müssen in erster Linie in den von Gemeinden finanzierten Heimen und Spitex-Organisationen geschaffen werden», sagt die Leiterin Fachdienst Pflege. Zwar seien auch einzelne vom Kanton subventionierte

Spitäler und Kliniken in der Pflicht, bis 2012 die Zahl ihrer Ausbildungsplätze zu steigern, doch hinterherhinkten vor allem die von den Gemeinden finanzierten Institutionen. Auf die im neuen Gesundheitsgesetz vorgesehene Möglichkeit, Betriebe zur Ausbildung zu verpflichten, will der Kanton erst als letztmögliche Lösung zurückgreifen.

Eine Arbeitsgruppe habe für die Gesundheitsdirektion Vorschläge zusammengestellt, mit denen sich die Situation verbessern lasse. So könnten etwa Verbände von Heimen zusätzliche Lehrstellen anbieten. Genauer will sich Locher nicht äussern, noch seien Fragen offen. «Wir können die Gemeinden nicht zum Mitmachen zwingen.»

Der Appell des Kantons sei gerechtfertigt, sagt Andreas Paintner. «Winterthur bietet aber schon heute überdurchschnittlich viele Lehrstellen an», sagt der Bereichsleiter Alter und Pflege. In der Langzeitpflege gebe es jedoch einige private und öffentliche Institutionen, die mehr tun könnten und müssten. «Tatsächlich kann der Kanton aber kaum Druck auf Privatspitäler und Gemeinden ausüben.» Verbessern lasse sich die Situation deshalb alleine mit Appellen und damit, für Lehrabgänger attraktive Arbeitsstellen zu schaffen. «Auch daran arbeiten wir in Winterthur schon.»

Mehr Lohn, mehr Interesse?

Entschärfen lässt sich möglicherweise auch das Problem der fehlenden diplomierten Pfleger mit einer Lösung aus Winterthur. Das KSW stellt ab Herbst zusätzlich zwölf angehende Pflegefachfrauen wie Blatter und Mali direkt an. Diese erhalten einen etwas höheren Lohn. Die Differenz zur üblichen Entschädigung von 1000 Franken pro Monat finanziert eine Stiftung. «Der Lohn ist ein Knackpunkt», sagt Locher von der Gesundheitsdirektion. Auch der Kanton prüfe deshalb, wie die Entschädigung während der Zweitausbildung verbessert werden könnte.

Der diplomierten Krankenschwester Locher ist unerklärlich, warum das Interesse an «diesen anspruchsvollen, aber auch erfüllenden und vielseitigen Berufen» so klein ist. «Eine Umschulung wäre doch für Lehrabgänger ohne Arbeit ideal.» Die Weiterbildungsmöglichkeiten seien gross und der Lohn für diplomierte Pfleger vergleichsweise hoch, sagt Locher. «Zudem sind Anstellungen im Gesundheitswesen auch in einer Krise sicher.»

DAVID HERTER



Gegen den Trend im Gesundheitswesen: Jasmin Blatter und Myrthe Mali setzen auf eine Ausbildung zur diplomierten Pflegefachfrau am KSW. Bild: Marc Dahinden

«In dieser Art einmalig in der Schweiz»

Die Genossenschafter haben sich mit überwältigendem Mehr dafür ausgesprochen, dass das Mehrgenerationenhaus der Gesewo in Neuhegi realisiert werden soll.

Und das Schiff fährt weiter: 116 Mitglieder der Genossenschaft für selbstverwaltetes Wohnen (Gesewo) haben kürzlich klar dafür votiert, dass das von der Gesewo ins Auge gefasste Mehrgenerationenhaus in Neuhegi gebaut werden soll. Das Projekt, das den Namen «E la nave va» trägt – in Anspielung an den gleichnamigen Fellini-Film – und dessen Struktur tatsächlich an ein Schiff respektive einen Katama-

ran erinnert, soll in der Ecke Barbara-Reinhardt- und Ida-Sträuli-Strasse erstellt werden. Im vergangenen Sommer war es als Siegerprojekt auserkoren worden («Landbote» vom 9. Juli). Mit dem Ja der Genossenschafter ist nun quasi der «mentale Startschuss» zur konkreten Umsetzung erfolgt.

Befürchtungen angebracht

Projektleiter Jürg Altwegg zeigt sich «etwas überrascht von der Klarheit des Entscheides». Zwar wurden durchaus kritische Fragen gestellt. Insbesondere wurden Stimmen laut, die gewisse Befürchtungen wegen möglicher Risiken des 80-Millionen-Projekts zum Ausdruck brachten. «Klar, etwas kann immer schiefgehen», sagt Altwegg. Die grosse Mehrheit der Genossenschafter

war aber doch überzeugt, dass sich das Vorhaben realisieren lasse.

Finanziert wird das Mehrgenerationenhaus zum grössten Teil durch Banken. Die Mitglieder des mittlerweile 150 Personen umfassenden Vereins Mehrgenerationenhaus beteiligen sich als Genossenschafter mit Anteilscheinen von 2000 Franken pro erwachsene Person. Sie müssen zudem 10 Prozent des Preises der gewählten Wohnung einbringen. Weitere 10 Prozent steuert der Verein bei, zum Beispiel aus freien Darlehen von Mitgliedern, die sich stärker beteiligen wollen und können.

Ziel ist eine selbstverwaltete Wohnform, an der Jung und Alt sowie verschiedene soziale Schichten teilhaben können. Laut Altwegg handelt es sich bei diesem Mehrgenerationenhaus in

mehrfacher Hinsicht um ein schweizweit einmaliges Projekt: «In dieser Grösse gibt es bisher kein solches Haus, keinen Holzbau und auch kein selbstveraltetes Wohnen. Ein echtes Experiment also.» In «E la nave va» sind rund 150 Wohnungen vorgesehen, die meisten mit 2½ bis 5½ Zimmern. Zudem ist eine 13-Zimmer-Wohnung für eine WG vorgesehen.

Bezugsbereit Ende 2010

Bis im kommenden Sommer soll nun ein Vorprojekt konkretisiert werden. Dann werden auch die effektiven Baukosten genauer bekannt sein. Demnächst werden ausserdem die Vormietverträge aufgelegt. Spätestens Ende 2012 sollen die Wohnungen bezugsbereit sein – so der Plan. (ms)

Bundesgericht weist Klage ab

Der Rechtsstreit um die Landenteignung im Dätttau, damit die Buslinie 5 eine neue Route befahren kann, ist erledigt. Das Bundesgericht hat die letzte Beschwerde hochkant abgewiesen, respektive tritt gar nicht darauf ein. «Der Beschwerdeführer setzt sich nicht rechtsgenügend mit den Ausführungen des Verwaltungsgerichts auseinander», so das Bundesgericht. Laut Bausekretär Fridolin Störi kann nun der geplante Ausbau des heutigen Fussweges in Angriff genommen werden. Der Dätttauferbus wird ab nächstem Frühjahr auf neuer Route verkehren. Gleichsam wird die Stadt aber auch noch den enteigneten Landeigentümern ein Angebot unterbreiten. Das läuft gemäss Störi aber «auf einer anderen rechtlichen Schiene». (ms)